

Rezensionen

Neue Literatur – kurz vorgestellt

„Mehr Politik wagen!“

Oliver Decker/Johannes Kies/
Elmar Bähler: Die Mitte im
Umbruch.
Rechtsextremistische
Einstellungen in Deutschland
2012. Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung von
Ralf Melzer.

Bonn: Dietz-Verlag 2012,
142 S., 9,90 EURO
[im Internet unter:
[http://www.fes-gegen-rechts-
extremismus.de/pdf_12/mitte-
im-umbruch_www.pdf](http://www.fes-gegen-rechts-
extremismus.de/pdf_12/mitte-
im-umbruch_www.pdf)]

Seit 2002 weist die Friedrich-Ebert-Stiftung anhand empirischer Befunde darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein „Randproblem“, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen „Mitte-Studien“ belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Auch 2012 wurde wieder eine bundesweite repräsentative Erhebung durchgeführt. Die Studie basiert auf einer Befragung von 2510 Menschen durch das Berliner Meinungsforschungsinstitut USUMA. „Die Mitte im Umbruch“ ist ein Barometer aktueller fremdenfeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen in Deutschland. Bezogen auf ganz Deutschland ist ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2 auf 9,0 % zu verzeichnen. Ein moderater Rückgang in Westdeutschland im Vergleich zu 2010 (von 7,6 auf 7,3%), steht ein massiver Anstieg rechtsextremen Denkens in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8 %) gegenüber. Zugleich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen mit 94,9 % (West: 95,5 %; Ost: 92,1 %) sehr hoch.

Überzeugend und konsequent vertreten die Autoren ihren Erklärungsansatz, dass sozioökonomische Abstiegsängste der gesellschaftlichen Mitte – unabhängig davon, ob sie nun bereits reale Formen angenommen haben oder nur befürchtet werden – die treibende Kraft der Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der bundesdeutschen Gesellschaft darstellen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur sozialwis-

senschaftlichen Bedingungsanalyse für die politische Bildungsarbeit. Sowohl die empirischen Befunde, als auch die Ursachenanalyse und die Vorschläge zu politischen und pädagogischen Handlungsmöglichkeiten in dieser Veröffentlichung verdienen Beachtung.

Weil die Forscher auf der Grundlage von nunmehr sechs im Zweijahresabstand durchgeführten Erhebungen zwischen 2002 und 2012 längerfristige Veränderungen nachweisen können, sind ihre Ergebnisse besonders wertvoll. Dazu ein Beispiel: Waren antisemitische Einstellungen bis 2006 unter Ostdeutschen deutlich geringer verbreitet als unter Westdeutschen (4,2% zu 8,4%), so hat sich dieses Verhältnis in diesem Jahr umgedreht (8,6% zu 10,4%). Oder: Das vieldimensional zusammengesetzte Untersuchungskonstrukt „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ traf 2012 noch auf 9,0% der westdeutschen Probanden zu und dieser Wert ist damit seit 2002 ganz leicht gesunken. Demgegenüber hat sich diese Gruppe in den neuen Bundesländern im gleichen Zeitraum von 8,1% auf 15,8% fast verdoppelt. Die Autoren weisen allerdings eine vereinfachende Deutung der Differenz nach den Himmelsrichtungen Ost-West zurück und führen dazu die hohen Rechtsextremismus-Werte für ländliche und strukturschwache Regionen in den alten Bundesländern an.

Bei früheren Untersuchungen war bislang immer festgestellt worden, dass jüngere Menschen in geringerem Maße zu rechtsextremen Auffassungen neigen. 2012 muss die Forschergruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Teil veränderte Verteilungen feststellen: „Allerdings ist der sonst übliche Alterseffekt in Ostdeutschland teilweise gegenläufig: Die Ostdeutschen weisen in der jüngeren Altersgruppe (14-30 Jahre) anders als in früheren Befragungen bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus höhere Werte auf als in der Altersgruppe über 60.“ Nur Bildung als Schutzfaktor vor Rechtsextremismus ist über alle Einstellungsfacetten und alle Teilgruppen hinweg nach wie vor identifizierbar: Personen mit Abitur neigen prozentual deutlich we-



niger zu rechtsextremem Denken als Personen ohne Abitur.

Unter den Bedingungen einer multireligiösen Zuwanderungsgesellschaft in Deutschland verändern sich Objekte rechtsextremistischer Zuschreibungen. Statt auf Juden werden nun vermehrt rassistische Bewertungen auch auf Moslems bezogen. Aber auch unter Zuwanderern selbst sind autoritäre Einstellungsmuster häufig anzutreffen. Die Studie leistet insofern mit diesen Ergebnissen einen beachtenswerten Beitrag zur Fundierung einer politischen Bildung mit Migranten. Die Differenzierung von Begriffen „Islamfeindschaft“ und „Islamkritik“ oder „primärer Antisemitismus“ und „sekundärer Antisemitismus“ können dabei analytisch hilfreich werden.

„Die Mitte im Umbruch“ macht im Schlusskapitel auch eigene bedenkenswerte Vorschläge zu Handlungsfeldern der Bekämpfung des Rechtsextremismus. An vorderster Stelle steht die Forderung nach verstärkter und andersartiger politischer Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich (S. 117 und 118). Diese müsse eingebettet werden in eine Gesellschaftspolitik der Re-Solidarisierung und die gezielte Verhinderung der Ethnisierung sozialer Konflikte. Nicht nur „mehr Demokratie“ sondern auch „mehr Politik“ müsse in der deutschen Gesellschaft gewagt werden.

vO

Beteiligungsdidaktik

Widmaier, Benedikt/
Nonnenmacher, Frank
(Hrsg.): Partizipation als
Bildungsziel. Politische
Aktion in der politischen
Bildung (= Wochenschau
Wissenschaft, Non-formale
Bildung), Schwalbach/Ts.:
Wochenschau 2011,
206 S., 22,80 EURO

Nicht zuletzt der diesjährige, unter dem Thema „Partizipation“ stehende Bundeskongress Politische Bildung hat belegt, dass sich der von Widmaier/Nonnenmacher herausgegebene Band „Partizipation als Bildungsziel“ eines gleichermaßen aktuellen wie kontrovers diskutierten Themas Politischer Bildung annimmt. In dreizehn Einzelbeiträgen setzen sich namhafte Autoren aus Politik-



wissenschaft und Politikdidaktik sowie ausgewiesene Vertreter aus formaler und non-formaler politischer Bildung mit der Frage auseinander, ob Partizipation ein legitimes Ziel (außer-)schulischer politischer Bildung ist und – wenn ja – auf welchem Wege und v.a. mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden kann.

Nicht nur vor diesem Hintergrund überzeugt zunächst der konzeptionelle Aufbau des Bandes. So folgen der pointierten Hinführung zum Thema, der Einführung in das Themenfeld „Engagementpolitik“ und einer differenzierten Analyse des Verhältnisses von Sozialkapital und politischer Partizipation mehrere inhaltvolle Beiträge, die nach einer Antwort auf die oben genannten Fragen suchend teils historische, teils interdisziplinäre Bezüge herstellen. Der Blick in die Praxis rundet sodann die in sich stimmige Zusammenstellung ab. Auffallend dabei ist – ganz im Sinne Beutelsbachs (dessen Konsens bisweilen auch zur Diskussion steht) – die Kontroversität, mit der sich die allesamt sehr lesenswerten Beiträge zum Teil gegenüberstehen. Eben diese Kontroversität ist es letztlich auch, die den Band so wertvoll macht – sie nämlich fördert geradezu unablässig dazu heraus, sich in dieser wichtigen Frage Politischer Bildung ein eigenes Urteil zu bilden.

Marc Partetzke
(Doktorand und Lehrbeauftragter an der Universität Jena)

Liebe Leserinnen und Leser,
haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Hefthemen?
Unten finden Sie die Planung für die kommenden Hefte. Wollen
Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits
erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach
nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In
jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:
36100 Petersberg, Igelstück 5a, stegmueller.tschirmer@t-online.de.

VORSCHAU

POLIS 1/2013
Menschenrechte und
Menschenrechtsbildung
(erscheint am 1.4.2013)

POLIS 2/2013
Kritische Politische Bildung
(erscheint am 1.7.2013)

POLIS 3/2013
Professionalisierung in der
Politischen Bildung
(erscheint am 01.10.2013)

POLIS 4/2013
Politische Bildung für nachhal-
tige Entwicklung
(erscheint am 22.12.2013)

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische
Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange
(www.dvpb.de)
16. Jahrgang 2012

Leitende Redakteurin
Dr. Martina Tschirmer
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

Verlag
Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion
Dr. Martina Tschirmer (V.i.S.d.P.)
Prof. Dr. Tim Engartner
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
Dr. Herbert Knepper
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
Prof. Dr. Armin Scherb

**Verantwortlicher Redakteur
für diese Ausgabe**
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
**Verantwortlich für die
Verbandspolitische Rundschau**
Dr. Herbert Knepper

Herstellung
Susanne Albrecht-Rosenkranz,
Opladen

Buchbesprechungen
Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare
können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung
Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

Druck
Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Erscheinungsweise
4 Hefte jährlich.

Preise
Einzelheft: 6,80 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 22,80 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer
enthalten.

Anzeigenpreise
Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2012

Anzeigenleitung
Brigitte Bell
Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577
brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 3 770 608

© Wochenschau Verlag
Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit
vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis
Der Abonnentenausgabe liegen zwei Prospekte
des Wochenschau Verlages bei.
ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po4_12

Bildnachweise für die Fotos in den Beiträgen:
S. 13: Tatjana Balzer/Fotolia.com • S. 16/17: privat •
S. 19: Zerbor/Fotolia.com • S. 21: Picture-Factory/Fotolia.com •
S. 23: william87/Fotolia.com • S. 24: rolafoto /Fotolia.com